

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1918

154 (31.12.1918)

Erste
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.
Bezugspreis
mit dem wöchentlich erscheinenden
Amtl. Verkündigungsblatt
durch die Post bezogen
monatlich 62 Pfennig
am Postschalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unserer Austräger
frei ins Haus gebracht
monatlich 70 Pf.

Geschäftszeit 1/8-7, Sams-
tags bis 6 Uhr. Sonntags
geschlossen.
Fernsprechanruf Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gründet
1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die
Zeile (42 mm breit) 25 Pfg.
bei Platzvorschrift 30 Pfg.
im tertlichen Teil (87 mm
breit) 60 Pfg. an erster Stelle
70 Pfg. Bei Wiederholung
tariffreier Rabatt, der bei
Nichteinhalten des Zieles,
bei gerichtlichen Betreibungen
und bei Konkursen außer
Kraft tritt.

Schluss-Anzeigenannahme
8 Uhr vorm., für umfang-
reichere Anzeigen Tags zuvor
4 Uhr nachmittags.

Postcheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Nr. 154.

Dienstag, den 31. Dezember 1918.

79. Jahrgang

Die Lösung der Regierungskrise.

Austritt der Unabhängigen aus der Regierung. Ein rein-mehrheitssozialistisches Kabinett. Drohende Zerlegung des politischen Lebens. Erklärungen des Staatssekretärs Brodorsff-Rankau. Drohender Tschecheneinfall in Sachsen. Die Entente und die deutschen Kolonien. Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten.

Die Regierungskrise.

Berlin, 28. Dez. Wenn es bisher noch immer möglich war — und wie es weiter wird, ist noch nicht abzusehen — daß eine verhältnismäßig kleine Zahl von Spartakisten die Strafe terrorisieren konnte, so ist man sich heute in den Kreisen der Mehrheitssozialisten wie auch der Unabhängigen darüber klar, daß hier Wandel geschaffen werden muß. Die Vorgänge des 23. und 24. Dezembers haben dies deutlich genug gezeigt, wenn auch der Volksbeauftragte Ebert in der heutigen Vormittagsitzung der Rätekonferenz klarzulegen suchte, daß die Regierung keine Schuld treffe. Doch werden die heutigen Beratungen ja ergeben, ob es möglich sein wird, die bestehende Regierungskrise beizulegen und der Regierung eine so feste Grundlage zu geben, daß sie in der Lage ist, die Sicherheit und Ordnung, das erste Gebot der Lebensfähigkeit eines Staatswesens, aufrechtzuerhalten.

Nach der heutigen Vormittagsitzung des Zentralrates, in der auch Volksbeauftragter Barth zu Worte kam, begab man sich zur Reichskanzlei, wo ebenfalls eine Sitzung statt fand, bei der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden, aufgrund deren die Regierung und Zentralrat heute abend ihre Entschlüsse fassen dürften. Wenn der Zentralrat, der größtenteils aus Mehrheitssozialisten besteht, sich, was immerhin anzunehmen sein dürfte, auf die Seite Ebert-Scheidemann stellen wird oder zum wenigsten danach trachten wird, die Gegensätze zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen durch einen Kompromiß zwischen beiden beizulegen, darf man gespannt sein, wie sich dazu die Unabhängigen verhalten werden. Es dürfte jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen sein, daß sie ihren angebotenen Austritt aus der Regierung vollziehen werden. Wie es den Anschein hat, fühlen sich Ebert-Scheidemann-Landsberg stark genug, eine einheitliche Regierung zu bilden und die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, sowie die Wahlen zur Nationalversammlung zu sichern. Die innere Ordnung ist zunächst das dringendste Gebot der Stunde, um nicht dem Auslande das Bild innerer Zerissenheit und Verwirrung zu bieten und so letzten Endes das Einschreiten der Entente erforderlich zu machen.

Vor der entscheidenden Sitzung des Zentralrates der A.- und S.-Räte.

Berlin, 26. Dez. Die Krise des Rates der Volksbeauftragten besteht nach der Vossischen Zeitung vorläufig fort. Die Lösung ist nicht vor morgen zu erwarten. Morgen vormittag wird nämlich die angekündigte Sitzung des Zentralrates der A.- und S.-Räte in Gemeinschaft mit den Volksbeauftragten stattfinden. Die Volksbeauftragten werden voraussichtlich ihr Verbleiben im Amte von der Erfüllung der Forderungen abhängig machen, daß ihnen vom Zentralrat genügend Machtmittel in die Hand gegeben werden, um ihre Autorität wirksam zur Geltung bringen zu können.

Man muß sich allerdings darüber klar sein, daß auch die Bewilligung jeder militärischen Forderung durch den Zentralrat die weiteren Ursachen der Krise nicht aus der Welt schafft. Das politische Leben besonders in Berlin ist durch das verpöbelte und wenig geschickte Vorgehen der Regierung gegen gleichmächtige und terroristische Versammlungen einzelner Gruppen in der Zerlegung begriffen, die ein weiteres Verbleiben der jetzigen Regierung im Amte außerordentlich erschweren.

Die Lösung der Krise.

Berlin, 29. Dez. Die Krise in der Reichsregierung hat sich in der Woche gelöst, welche die Allgemeinheit des deutschen Volkes erwartet hat: die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden. Die Regierung liegt nun allein in den Händen der sozialdemokratischen Partei. Sie wird zu den drei bisherigen Mitgliedern noch weitere delegieren, wobei auch dem Süden Deutschlands eine Vertretung gesichert werden soll. Berlin ist ruhig.

Der Austritt der Unabhängigen Haase, Barth und Dittmann aus der Regierung ist nun erfolgt. Die Nachricht wurde in Berlin gestern gegen die Mitternachtsstunde bekannt. Ueber die Verhandlungen selbst erfahren wir noch, daß die Sitzung bis zur 8. Stunde fast ausschließlich mit Reden ausgefüllt waren, die sich mit der Errichtung einer Volkswehr, der Demobilisierung, dem Wechsel in der obersten Kommandogewalt, der Abschaffung der Rangabzeichen und anderen Punkten befaßten. An der Aussprache beteiligten sich die Mitglieder des Zentralrates nur spärlich. Sie beschränkten sich vielmehr im allgemeinen auf die Erklärung, daß sie die Mitteilungen der Volksbeauftragten entgegennehmen und sich dann in einer besonderen Sitzung des Zentralrates über ihre Stellungnahme schlüssig werden wollten. Um 11 Uhr abends war noch immer keine Entscheidung gefallen. Die Verhandlungen des Zentralrates waren dadurch kompliziert worden, daß die unabhängigen Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten ihm acht Fragen zur Beantwortung vorgelegt hatten. Von den Antworten des Zentralrates auf diese Fragen wollten die Volksbeauftragten Haase, Dittmann und Barth ihre Entschlüsse abhängig machen. Ferner stellt der Zentralrat noch folgenden Antrag an die Volksbeauftragten: Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewalttätige Eingriffe zu schützen? Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich, von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten?

Die neuen Regierungsmitglieder.

Eine Erklärung der Unabhängigen.

Berlin, 29. Dez. Der Zentralrat hat in gemeinsamer Sitzung mit der Regierung die Herren Noske, Löbe-Breslau und Wiffel anstelle der ausscheidenden Unabhängigen bestimmt. Noske war seit dem Ausbruch der Revolution Gouverneur in Kiel, Löbe Redakteur der Breslauer Volkszeitung und genießt in Schlesien allgemeines Ansehen. Wiffel ist ein hervorragender Sozialpolitiker, der zuletzt den Wahlkreis Niederbarnim den Unabhängigen mit überwältigender Mehrheit entriß. Der Austritt der Unabhängigen vollzog sich am Sonntag morgen um 1 Uhr mit der Verlesung einer Erklärung durch Dittmann. Nach ihm ergriß Haase nochmals das Wort und führte aus, er möchte dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck geben, daß nach dem Ausscheiden der Unabhängigen die Regierung in der Lage sein werde, die Regierungsgeschäfte wirksam zu führen und eine kraftvolle, nach außen und innen völlig geordnete und gesicherte Regierung darzustellen. Daraufhin verließen die drei Unabhängigen die Sitzung. Nach ihrem Weggang berieten die Zentralmächte mit den drei mehrheitssozialistischen Kabinetts-Mitgliedern die nächsten Schritte vor allem vor neu zur Regierung heranzuziehen sei. Nach 1 Uhr gingen die Versammelten auseinander in der gemeinsamen Überzeugung, daß die Beendigung der Regierungskrisis Handlungsfreiheit und damit die einzige Möglichkeit gebracht habe, die ungeheure Verantwortung vor dem deutsche Volke und der Partei zu tragen.

WB. Berlin, 29. Dez. Die neue Reichsregierung hat während des ganzen Nachmittags ihre erste Sitzung abgehalten in der vor allem das Programm und die neuen Maßnahmen festgelegt und durchgesprochen wurden. Die neu eingefüllten Mitglieder des Kabinetts nahmen an den Beratungen teil in denen bestimmt wurde, daß Scheidemann die auswärtigen Angelegenheiten, Noske die militärischen und Wiffel die sozialpolitischen Aufgaben übernehmen soll.

Ruhe in Berlin.

WB. Berlin, 29. Dez. Trotz der riefenhaften Demonstrationsumzüge aller Parteien, die sich heute durch die Straßen Berlins bewegten und der gleichzeitigen, von der Spartacusgruppe und der Marinodevision veranstalteten Besetzung der Pöten vom 24. Dezember, kam es bis in die späten Nachmittagsstunden nirgends zu irgend einer bemerkenswerten Ruhestörung. Bald nach 4 Uhr fing es zu regnen an, infolgedessen leerten sich die Straßen merklich.

Liebnechts russische Lehmeister.

Berlin, 26. Dez. Ein russisches Blatt bringt am 23. November die Rede Bucharins auf dem allrussischen Kongress der Arbeiter in Petersburg, worin er einen Ueberblick über die russische Revolution gab. Interessant ist hierin die Darstellung, die er von der Tätigkeit Liebnechts gibt. Liebnecht und seine bolschewistische Spartakusgruppe nahmen unsere bolschewistische Taktik an und gingen mit uns Hand in Hand. Ich werde den Augenblick nie vergessen, als Liebnecht zu uns in das Gebäude der russischen Botschaft kam. Die Regierung hatte, um Liebnecht die Flügel zu beschneiden, und seine unausgesetzte Tätigkeit in den Fabriken usw. lahmzulegen, zu der List gegriffen, ihm vorzuschlagen, in den Volksgaragen einzutreten. Liebnecht kam nun ganz furchtbar aufgeregt zu uns und fragte, was er tun sollte. Wir beschloßen gemeinsam, daß Liebnecht in die Regierung nur dann eintreten sollte, wenn diese die folgenden von uns aufgestellten Forderungen vertrete: Auseinanderziehung des Reichstages, Verrück gegen die Bourgeoisie und die Offiziere, wenn sie gegen uns auftreten würden.

Radek in Berlin.

Berlin, 27. Dez. Von zuverlässiger Seite geht der Voss. Ztg. die Nachricht zu, daß der Chef der bolschewistischen Propaganda, Karl Radek, in Berlin weilte. Er ist nicht als offizieller Bote der Sowjetregierung gekommen, die Einreise war ihm auch nur auf Schleichwegen ohne Wissen der Behörden ermöglicht. Einem heute in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Bericht gehört Radek der zur Reichskonferenz der A.- und S.-Räte nach Berlin entandenen russischen Abordnung neben Zoffe, Radkowskij und anderen als Sekretär an.

Wie es im Berliner Schloß aussieht.

Berlin, 27. Dez. Ueber den Zustand der Räume im Berliner Schloß, die der Einwirkung der Beschleßung am 24. Dezember ausgesetzt waren, schreibt die „Voss. Ztg.“: Ueber die große Marmortreppe gelangt man in das Zimmer, wo der Kaiser früher zu arbeiten pflegte. In dem Erker steht noch das Maschinengehäuse mit dem die Matrosen die Burgstraße unter Feuer hielten und das Auffahren von Artillerie dort verhinderten. Das daneben gelegene Adjutantenzimmer hat weniger gelitten. Die zahlreicheren Schlachtenbilder sind unberührt. Schwer verunstaltet ist jedoch der am Portal 4 gelegene Bildersaal. Eine Granate ist durch die mit Marmor gefaßte Rückwand eingedrungen. Der Thronsaal, ebenso wie der Joachimsaal und die ehemalige Bildergalerie sind fast noch unverletzt. Der Speisesaal war während des Kampfes in einen Verwundetenraum umgewandelt worden. Noch sieht man dort Kannen mit Wasser, blutige Verbandstoffe und die Leiche eines Matrosen liegt unter dem Fenster, der bereits am Montag abend bei den Kämpfen getötet worden war. Die Privatzimmer des Kaisers sind vom Finanzministerium geschlossen worden. In einer kleinen Vorhalle des zweiten Hofes liegen noch fünf tote Matrosen.

Eine süddeutsche Warnung an Berlin.

Suttgart, 29. Dez. Die innerpolitischen Verhältnisse treiben einer raschen Entscheidung entgegen. Hier, im Süden Deutsch-

lands, hat man die Berliner Vorgänge der letzten Wochen und insbesondere der letzten Tage mit wachsender Besorgnis verfolgt. Der Süden Deutschlands will nicht mehr von Berlin regieren lassen. Er will in einer Form, über die der Vossischen Zeitung zufolge, in wenigen Tagen nähere Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangen, mitberufen sein, die Politik des Reiches zu führen. Wenn sich Berlin hierzu nicht verstehen will, wird er die Konsequenzen ziehen. Die Dinge sind soweit gediehen, daß man den Regierungsmännern in Berlin, oder denen, die es werden wollen, ein ernstes Wort zurufen muß, wenn sie nicht die Verantwortung übernehmen wollen, daß das Reich auseinanderfällt.

Erste Lage im deutschen Osten.

Berlin, 28. Dez. Die Meldungen und Stimmungsberichte, die aus dem Osten kommen, werden in Berliner Regierungskreisen recht ernst beurteilt. Es bestätigt sich, daß Paderewski bei seinem Triumphzug in Posen von dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Koranyi und einem englischen Offizier begleitet war, welchem die Reichsleitung bei seiner Reise durch Deutschland vergeblich den Weg zu verlegen gesucht hat. Der Offizier berief sich auf einen Befehl seiner Regierung und behauptete, daß er in Posen das Eintreffen einer weiteren größeren englischen Delegation abzuwarten habe. Auch die spärlichen Nachrichten, die aus Danzig vorliegen, lauten recht trübe. In der Stadt scheint sich der Deutschen eine Panik bemächtigt zu haben. Auch kommen Meldungen, daß in den neugebildeten östlichen Grenzschutz in ganz auffälliger Weise Polen sich einzudringen verstanden haben.

Die Zuspitzung der Lage in Posen.

Berlin, 29. Dez. Ueber die Zuspitzung der Lage in Posen bringt der Vorwärts folgende Meldung: Die Polen haben in Posen vollkommen die Uebermacht. Man ist seines Lebens nicht mehr sicher. Offiziere und Mannschaften, die im Besitze von Waffen und vorchriftsmäßig ausgestellten Waffenscheinen waren, sind von den Polen entwaffnet und ihres Geldes beraubt worden; teilweise wurden sie standrechtlich erschossen. Am Samstag vormittag soll es 34 Tote gegeben haben. Telefon und Telegraphenverkehr ist unterbrochen. Die Reichsregierung ist um sofortige Truppenentfendung gebeten worden, die den Polen gegenüberzutreten sollen.

WB. Berlin, 29. Dez. Nach einer Meldung des B.L. aus Kolberg sind das Artillerie-Regiment Nr. 2 und das Infanterie-Regiment Nr. 54 nach Gnesen zur Unterdrückung der polnischen Unruhen abgegangen.

Drohender Tschecheneinfall in Sachsen.

Berlin, 27. Dez. Wie aus Chemnitz gemeldet wird, erhielten alle Militärpersonen der Jahrgänge 1896—1899, die Chemnitzer Regimentern angehörten, den Befehl, sich am 25. Dezember vormittags in den Kasernen einzufinden, um eventuell zur Verstärkung des Grenzschutzes verwendet zu werden, da die Gefahr eines tschechischen Einmarsches nach Sachsen besteht.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Karlsruhe, 28. Dez. Die vorläufige Volksregierung hat beschlossen, daß die Wahlzeit für die Wahlen zur badischen Nationalversammlung am 5. Januar um 2 Stunden verlängert wird, und zwar dadurch, daß die Wahl statt um 11 Uhr schon um 9 Uhr vormittags beginnt. Die Wahlzeit umfaßt nunmehr also die Stunden von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends. Trotzdem wird es sich aber dringend empfehlen, daß jeder Wahlberechtigten möglichst frühzeitig sein Wahlrecht ausübt.

Erklärungen Brodorsff-Rankaus.

Berlin, 27. Dezember. Der neue Staatssekretär des Außenwerts, Graf Brodorsff-Rankau hält sich der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge noch in Kopenhagen auf, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen und die Geschäftsgeschäfte abzugeben. Er gewährte einem Mitarbeiter des Politikers eine Unterredung und äußerte: Ich brauche nicht zu betonen, wie schwer es mir fällt, meine Stellung in Kopenhagen zu verlassen, die ich über 6 Jahre lang inne hatte und die mir lieb geworden war. Ich mache mir keine Illusionen hinsichtlich der ungeheuren Schwierigkeiten, die mich in meinem neuen Amte erwarten. Was mir Kraft und Zuversicht gibt, ist mein unerschütterlicher Glaube an das deutsche Volk und seine Zukunft. Die erste und wichtigste Aufgabe, die meiner wartet ist das Zustandekommen eines Rechtsfriedens. Das Fundament ist bereits gelegt u. es findet sich in den 14 Punkten der Friedensbedingungen Wilsons und in den folgenden Erklärungen des Programms diese Bedingungen wurden von uns beim Angebot des Waffenstillstandes vom 5. Oktober angenommen u. sind gleichzeitig von den verbündeten Regierungen durch die Note der Vereinigten Staaten vom 5. November mit den bekannten beiden Einschränkungen hinsichtlich der Freiheit der Meere und des Schadenersatzes gutgeheißen worden. Wenn es glückt, einen Rechtsfrieden zu schließen, aber auch nur in diesem Falle, ist eine Grundlage für den Völkerverfrieden gefunden, für den ich aus innerster Überzeugung kämpfen will. Ich weiß, daß die Mehrheit des deutschen Volkes, das jetzt selbst sein Schicksal in die Hand genommen hat, in dieser Sache hinter mir steht.

Die Friedenskonferenz.

London, 27. Dez. Die „Morningpost“ meldet: In dem Plan für die Friedenskonferenz, die wahrscheinlich am 6. Januar beginnen wird, ist eine Aenderung eingetreten. Die Besprechungen werden nur zwischen den vier Großmächten England,

Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten abgehalten werden. Hierauf werden die übrigen Bundesgenossen zu den Besprechungen eingeladen werden, die sie im Besonderen betreffen. An der Regelung der Fragen des nahen Ostens werden Griechenland, Serbien und Rumänien teilnehmen. Bei den österrösch-ungarischen Fragen wird Griechenland ausfallen. Zunächst werden die allgemeinen Zustände in Europa durch die vier Großmächte besprochen werden. Es sind viele Vermutungen betreffend die Stellung der Neutralen angestellt worden, vor allem seit dem Besuche von Romanones in Paris. Wie in manchen Kreisen verlautet, werden die Alliierten bei den vorläufigen Besprechungen Gelegenheit haben, mit den Auffassungen der Neutralen in Fühlung zu treten, vor allem mit den Auffassungen der Neutralen, die den Alliierten günstig gesinnt waren.

England und die neue deutsche Krise.

Haag, 28. Dez. Die Nachricht, daß die Regierung Ebert von den Anhängern Liebknechts und Ledebours erfolgreich angegriffen wurde, hat in England große Besorgnis hervorgerufen. Man ist allgemein der Ansicht, daß, wenn dieser Schlag nicht sofort pariert wird, die Aufgabe der verbündeten Mächte nichts weniger umfassen wird, als die Verantwortlichkeit für die auch in Zentraluropa auf sich zu nehmen. Diese Aufgabe Wiederherstellung der Ordnung nicht nur im Osten, sondern auch die Arbeit des Wiederaufbaues in allen Ländern hemmen und auf lange Jahre hinaus jede Hoffnung auf Bildung des Völkerverbundes lähmen.

Der Schacher mit dem Völkerverbund.

Zürich, 26. Dez. Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet aus dem Haag: Aus der Umgebung Wilsons wird berichtet, daß den neutralen Staaten der Eintritt in den Völkerverbund ohne weiteres offen stehen werde, hingegen werde Deutschland erst gewisse Bedingungen zu erfüllen haben, ehe man seiner Aufnahme zustimmen werde. Von einer Gesamtabstimmung sei auch nach Friedensschluß keine Rede, höchstens von einer Einschränkung der Rüstungen.

Ueber den Völkerverbund.

Bern, 28. Dez. Im „Secolo“ äußert sich Guiseppe Ferreri zur Bildung einer Völkervereinigung und kommt zu dem Schlusse, daß der Völkerverbund selbst Gefahr laufe, durch äußere und innere Schwächen das Schicksal zu erleiden, das er den Mittelstaaten bereite, wenn er diesen einen Völkerverbund aufzwinge, und die während des Krieges gemachten Versprechungen Papierfetzen behandle. Wenn das kommende Jahr nicht einen dauernden Frieden bringe, werde dem Weltfrieden die Weltrevolution nachfolgen.

Zur Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Basel, 27. Dez. Homme libre, Clemenceaus Organ, meldet, Frankreich kann eine Lebensmittelversorgung Deutschlands erst nach vollständiger Demobilisierung Deutschlands und nach Bildung einer zum Abschluß des Friedens fähigen deutschen Regierung durch die Nationalversammlung zulassen. Früher kann Frankreich eine Milderung der Blockade nicht verantworten.

Lloyd George über die Entschädigungsfrage.

Berlin, 28. Dez. Der Londoner Economist meldet einer Züricher Nachricht der „Basler Zeitung“ zufolge, Lloyd George beginne in der Frage der deutschen Kriegsschädigung einzulenken und habe erklärt, man dürfe sich über diese Kriegsschädigung keinen allzu übertriebenen Erwartungen hingeben. Deutschland könne höchstens in einer Anleihe zahlen.

Die neuen deutschen U-Boote.

Berlin, 28. Dez. Dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge wird nach einem Funkpruch aus Lyon vom 24. Dezember eine weitere beträchtliche Anzahl deutscher U-Boote binnen kurzem der Aufsicht der englischen Admiralität unterstellt werden. Es sind 30 große Fahrzeuge des neuesten Modells, welche noch nicht fertiggestellt waren, als die ersten 114 U-Boote ausgeliefert wurden. Die Anzahl der ausgelieferten U-Boote wird dadurch auf 144 erhöht. Das sind mehr als Deutschland nach der allgemeinen Ansicht zur Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes besaß.

Für England gibt es keine Neutralität.

Zürich, 27. Dez. Die „Neue Korrespondenz“ meldet aus Paris: Der „Temps“ berichtet, daß eine wichtige Abteilung der britischen Flotte Kopenhagen zur Basis ihrer Bewegungen gewählt hat. Die englischen Schiffe fahren aus und ein, und die Mannschaften steigen sehr oft an Land. Vor drei Tagen traf der große britische Kreuzer „Conventry“ in Kopenhagen ein und zog die Neugierde aller Hafenspaziergänger auf sich.

Potemkinsche Dörfer.

Berlin, 26. Dez. Dem Empfang Poincares in Straßburg der von der französischen Presse als jubelnde Hingabe der elsässischen Bevölkerung an Frankreich ausgelegt wurde, war in Wirklichkeit nur eine zur Täuschung der Außenstehenden

geschickte inszenierte Maskerade. Bekanntlich wurde die große Beteiligung von Landleuten in elsässischen Trachten als besonderer Beweis für die Zustimmung der Landesbevölkerungen für den Anschluß an Frankreich angesehen. Wie wenig die Bauerbevölkerung an den Empfangsfestlichkeiten in Wirklichkeit beteiligt war, gibt die verbürgte Nachricht wieder, daß nur 6 Bauernbürger durch Abordnungen in Straßburg vertreten waren und diese sich dazu nur deshalb hergegeben hatten, weil sie beim Einzug der französischen Truppen nicht geflaggt hätten und nun Repressalien seitens der französischen Regierung fürchteten. Geld spielte natürlich auch eine Rolle. Jedes Bauerntüchlein erhielt 10 Mk. und Tag. Wie bestimmt verlautet, entstammten die Mädchen, die zum Teil in lächerlichen und ganz phantastischen Trachten die elsässische Landesbevölkerung vorstellen sollten, entweder aus Bürgerkreisen der Stadt, Straßburg oder aus Städten Frankreichs. Wie man offen erzählt, sind für diese Zwecke 500 französische Mädchen aus Frankreich herbeigeholt und kostümiert worden und dann schreibt die französische Presse „Le plebszyl le vola.“ Daß die Franzosen es nötig haben mit solchen Mitteln zu arbeiten, zeigt erneut, daß die Stimmung der Volksmehrheit im Elsaß keineswegs auf Seiten Frankreichs steht und daß jede Regelung der politischen Verhältnisse ohne vorübergehendes Plebszyl eine unerhörte Vergewaltigung der Bevölkerung bedeuten würde.

Wilson's Friedenspolitik.

Haag, 27. Dezember. Der San Francisco Chronicle schreibt über die Friedenspolitik Wilsons: Nie ist es zu unserer Kenntnis gekommen, daß eine Opposition gegen Wilsons 14 Punkte erhoben wurde. Selbstverständlich besteht eine kräftige Oppositionspartei gegen Wilson und seine Parteigenossen, aber diese Opposition beruht lediglich auf internen Fragen und keineswegs auf Fragen, die mit dem Frieden, mit den Friedensbedingungen und mit irgendwelchen politischen Neuerungen in Europa zusammenhängen. Wir sind davon überzeugt, daß die allgemeine Meinung dahin geht, daß Präsident Wilson in jeder Hinsicht genügend informiert ist, um nicht nur eine unparteiische Entscheidung zu treffen, sondern auch, um unseren Verbündeten gute Ratschläge zu erteilen.

Der Empfang Wilsons in London.

London, 27. Dez. Präsident Wilson wurde nach seiner Ankunft von der Bevölkerung in den bunt besagten Straßen lebhaft begrüßt und begab sich dann mit dem König und dem Herzog von Connaught zu dem Buckingham-Palast. Nach einer halben Stunde erschien der Präsident auf dem Balkon, umgeben von dem König, der Königin, Frau Wilson, Prinzessin Mary und dem Herzog von Connaught und dankte der Londoner Bevölkerung für ihren Empfang.

Wilson in England.

Berlin, 28. Dez. Aus Rotterdam wird der B. J. gemeldet: Gestern früh 1/11 Uhr haben in London die Besprechungen zwischen Wilson und Lloyd George im Buckingham-Palast begonnen, auch Balfour war anwesend. Die Konferenz wurde später im Downingstreet fortgesetzt. Neuer wurde zu der Mitteilung ermächtigt, daß die Besprechungen für beide Teile sehr befriedigend verlaufen seien und um 1/6 Uhr beendet waren. Nur Wilson, Lloyd George und Balfour nahmen daran teil. Der Gedankenaustausch war zwanglos und behandelte Wilsons 14 Punkte. Reuter sagt, das Ergebnis der Besprechungen werde sich in weiten Kreisen fühlbar machen. Alle Staatsleute, die mit Wilson in Verbindung kamen, standen unter dem Eindruck seiner Offenherzigkeit und seines Geistes. Nach Schluß der Konferenz erklärte man sich von dem Resultat sehr befriedigt, und ein Staatsmann sagte, Reuter dürfe ruhig erklären, daß keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten zutage getreten sind.

Wilson's Pläne.

Wien, 24. Dez. Das „Fremdenblatt“ wird morgen Haager Mitteilungen über Absichten Wilsons für die Friedenskonferenz veröffentlichen. Der Haager Gewährsmann des Fremdenblatts hatte Einblick in eine amerikanische Kartenskizze, wonach Deutschsüdrol, Deutschkärnten und Deutschsternmark bis zur Drau bei Deutschösterreich bleiben. Im Böhmerwald grenzt der Tschechenstaat unmittelbar an Bayern, dafür sollen Enger und die böhmischen Bäder Aulitz, Tetschen, Reichenberg und Deutschböhmen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes über ihr Schicksal entscheiden. Frankreich begrüßt diese Lösung und die Trennung Deutschösterreichs von Deutschland, sowie die Bildung einer Donaukonföderation, dagegen sei Italien für Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland. England verhalte sich abwartend. Nach amerikanischem Plan soll ein Königreich Serbien von der südslawischen Republik getrennt werden, im übrigen werde Amerika auf Wilsons 14 Punkten als Grundlage für die Friedenskonferenz sicherlich bestehen und hoffe damit, trotz großen Meinungsverschiedenheiten, durchzudringen.

Die Entente und die deutschen Kolonien.

Die „New York World“ brachte kürzlich eine Meldung aus Paris, nach der in London zwischen England, Italien und

Frankreich ein Abkommen geschlossen worden sei, in welchem die drei genannten Staaten sich u. a. über eine Aufteilung der deutschen Kolonien geeinigt hätten. Die Informationen, die wir hierzu von unserem gutunterrichteten holländischen Gewährsmann erhalten, lassen diese Meldung der „New York World“ im Kern als zutreffend erscheinen. England, Frankreich und Italien werden versuchen, auf der Friedenskonferenz ihren Einfluß im Sinne des Londoner „Abkommens“ geltend zu machen. In führenden amerikanischen Kreisen scheint jedoch das Bestreben der Verbündeten, sich über die endgültigen Bedingungen ohne Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu einigen, großes Mißfallen erregt zu haben, zumal diese Einigung auf einer Grundlage erfolgt, die mit den 14 Wilsonschen Punkten nicht mehr zu vereinbaren ist. Was insbesondere die Kolonialfrage anbelangt, so halte Wilson auch heute noch an seinem Standpunkt fest, daß sie durch eine Aufteilung des deutschen Kolonialbestandes unter die Entente nicht gelöst werden könne.

Unser Gewährsmann berichtet weiter, daß man es in amerikanischen Kreisen nicht verstehe, wie das deutsche Volk sich jetzt anscheinend nur mit innerpolitischen Fragen beschäftigt, so wichtig die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die baldige Bildung einer aktionsfähigen Regierung an und für sich auch sei. Trete hierin nicht bald eine Aenderung ein, so werde es Wilson kaum möglich sein, bei der Regelung der Kolonialfrage seine Grundzüge, die ja auch Deutschland zugute kämen, zur Geltung zu bringen.

Unser holländischer Gewährsmann selbst ist der Ansicht, daß das derzeitige passive Verhalten der deutschen Regierung zum Schaden Deutschlands nur zu dem Eindruck erwecken könne, als ob man deutscherseits auf den künftigen Besitz von Kolonien überhaupt keinen Wert mehr lege.

Deutsch-Südwestafrika.

Amsterdam, 27. Dez. Nach dem Allgemeinen Handelsblad meldet die Times aus Kapstadt, daß die in Deutsch-Südwestafrika ansässigen Deutschen eine Bittschrift zur Weiterführung an Wilson einreichen, in der sie unter Berufung auf das Recht der politischen Selbstbestimmung fordern, daß Deutsch-Südwestafrika eine Republik mit föderativem Zusammenhang mit Deutschland bleibe. In dem noch nicht veröffentlichten Text der Bittschrift soll u. a. stehen, daß die Eingeborenen von Deutsch-Südwestafrika einer solchen Regelung zustimmen.

Neuer italienischer Tripoliskrieg.

Bern, 27. Dez. Das „Berner Tagblatt“ erfährt von besonderer Seite von der italienischen Grenze: In der vorliegenden Nummer des „Secolo“ ist ein Artikel enthalten, der zahlreiche Zensuren aufweist, aus dem jedoch hervorgeht, daß ein neuer großer Tripoliskrieg seitens Italiens vorbereitet wird und daß der italienische General Cavaglia beauftragt wurde, die Operationen zur Wiedereroberung und Befestigung Tripolitaniens zu leiten. Große Ueberseedampfer nehmen in Neapel die Truppen an Bord und fahren mit ihnen nach dem Hafen von Tunis, da die Ataber frontal und in der Flanke von der tunesischen Grenze her angegriffen werden sollen. Hauptstützpunkt werden zu diesem neuen italienischen Kolonialkrieg die jüngsten Jahrgänge der 18jährigen verwendet.

Lammach über Oesterreichs Abfall.

Berlin, 28. Dez. Der Salzburger Korrespondent der Daily News berichtet über eine Unterredung, die er mit dem letzten Ministerpräsidenten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, Professor Dr. Lammach, gehabt hat, u. a. folgendes:

Professor Lammach erklärte, daß er von Kaiser Carl berufen worden war, um die wankende Monarchie zu stützen. Seine Bemühungen kamen aber zu spät. Er wies darauf hin, daß Kaiser Carl ihm bereits am 17. Juni d. J. den Ministerpräsidentenposten anbot. Es heißt dann: Ich war bereit, diese Berufung anzunehmen, jedoch unter der Bedingung, daß auf Deutschland ein Druck zur Annahme folgender Bedingungen ausgeübt werden müßte:

- 1. Räumung und Entschädigung Belgiens.
2. Volle Autonomie, und wenn es nötig sei, Gewährung einer republikanischen Staatsform für Elsaß-Lothringen und volles Selbstbestimmungsrecht aller fremden Völkerteile im Deutschen Reich.
3. Oesterreich-ungarische Gebietsabtretungen an Italien im italienischen Teile Tirols und im Trentino.
4. Vereinigung der südslawischen Staaten mit Anschluß an Oesterreich-Ungarn unter der Bewilligung gleicher Rechte.
Kaiser Carl war mit diesen Bedingungen einverstanden. Jedoch glaube ich, daß Graf Czernin gegen die Annahme dieser Bedingungen stimmte. Es ist aber sicher, daß die deutsche Militärpartei und Schwer-Industrie starke Abneigung gegen diese Bedingungen bekundete. Auf die Frage des englischen Journalisten, welcher Art zuletzt das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gewesen sei, antwortete Professor Lammach: Freundschaftlich aber doch etwas gespannt. Wir waren fortgesetzt

Doch treu geblieben.

Zeitgenössischer Roman von Seyfert-Ringer.

14

Erwin bemerkte das wechselnde Farbenspiel auf Anielas Wangen, und er sah sie plötzlich mit ganz anderen Augen an, als bisher. Wo hatte er seine Sinne gehabt? Er begriff jetzt selbst nicht, daß er kostbare Jahre mit Helene verändelt, ihr Hoffnungen gemacht, die sich nie erfüllen konnten, anstatt die Zeit zu nützen.

Warum hatte er nicht um Anielas geworben? Viele waren von ihr zurückgewiesen worden, aber ihn hätte sie vielleicht doch erhört.

Er betrachtete sie verstohlen. Allerdings, sein Gesichtsmask war sie nicht. Ihre Ruhe, ihr klarer Blick fielen ihm auf die Nerven.

Doch Anielas war reich! Es würde sich mit ihr leben lassen! „Geld ist die Macht!“ folgte er; wie wohl war ihm doch, nun er seine Spielschulden bezahlt. Er war ein anderer Mensch als vorher, zu energischem Handeln bereit, entschlossen, seine Zukunft so zu gestalten, daß er sorglos bequem leben konnte.

Daß Heinrich wiederkam, war eigentlich nicht sehr wahrscheinlich. Wenn er im Felde blieb, konnte er, Erwin sich als Univerfalerbe des großen Vermögens von Fräulein Heintrot betrachten. Kam Anielas Geld dazu, so war er ein reicher Mann, nicht ausgeschlossen, daß er dereinst Mosdors's Kompanion wurde, denn derselbe hatte schon wiederholt geäußert, daß er sich einen Teilhaber wünsche. Er komme in die Jahre, wo die Last der Geschäfte zu schwer drückte, er sehne sich danach, einen Teil derselben auf andere Schultern zu laden. Doch sei es schwer, eine vertrauenswerte Persönlichkeit zu finden.

Erwin nickte vor sich hin. Eine solche Persönlichkeit war er. Allerdings huldigte er dem Grundsatz: Leben und leben lassen! Aber man konnte auch wohl vorwärtskommen, ohne zum Sklaven der Arbeit herabzusinken. Wozu bezahlte man denn tüchtige Bediente! Wenn etwas geordnet war, ihn in der Kunst anderer zu beschäftigen, so mußte es die Verbindung mit Anielas sein. Sie wurde von allen geliebt und verehrt, und wenn sie ihre Hand zum Bunde fürs Leben reichte, der würde sicher mit besonderem Respekt betrachtet.

Die Liebe konnte er in der Ehe entbehren, doch nicht das Geld.

Seltam nur, daß diese Pläne erst heute bestimmte Form

in ihm gemannt! Sehr seltsam! Daran war aber nur die Länderei mit Helene schuld. Diese Beziehungen mußten jetzt unbedingt ein Ende haben, sollte er sich nicht damit kompromittieren und viel, möglicherweise alles verderben.

Er sah schärfer zu den drei Menschen hin, welche eifrig sprechend beisammensaßen. Was sie sich nur alles zu sagen hatten! Und was war das? Anielas warb ja förmlich um Heinrich. Der mußte ein Holzblock sein, daß er es nicht bemerkte. Oder wollte er es nicht sehen? Vermutlich besaß auch er irgendwas ein heimliches Lieb. Ein Mann im heimatlichen Alter verbringt die langen Jahre doch wohl nicht ohne Liebesaffären.

Wenn er davon nur etwas hätte in Erfahrung bringen können! Es hätte ihm schon nützen sollen. Er sah wieder auf Anielas. Wie ihre Augen leuchteten, wie sie aus sich herausging! Eine andere war sie heute als sonst, kein Zweifel, sie liebte Heinrich! Er aber sah es nicht, weil er ein anderes Bild im Herzen trug.

So arbeiteten Erwins Gedanken, und die, welchen sie galten plauderten ahnungslos von den verschiedensten Dingen, dem Augenblicke hingeegeben, der beiden so schön vorkam, daß sie heimlich wünschten, er möge sich zu Ewigkeiten dehnen.

Anielas sprach von den Männern, welchen sie im Laufe der Zeit begegnet, erzählte von denen, welche ihr sympathisch gewesen, und von anderen, an denen sie gleichgültig vorübergegangen.

Und plötzlich drängte sich ihr ungewollt eine Frage über die Lippen, und ihre Stimme zitterte leise, als sie dieselbe aussprach: „Und du, Heinz, wie ist es um dein Herz bestellt, hast du diejenige schon gefunden, welche dir Gefährtin für Leben sein soll?“

Er sah Anielas aus seinen klugen, guten Augen offen an. „Nein, es liegt wohl daran, daß ich bisher mit meinen Studien zu eingehend beschäftigt war. Unjere Zeit erfordert mehr denn je von einer Lehrkraft den ganzen Mann. Reformen ohne Ende. Und es wurde mir nicht immer leicht, mich in Neuerungen mit der gewöhnlichen Elastizität hineinzufinden. Ich hatte wirklich keine Zeit, mich um junge Mädchen zu kümmern.“

Er wollte noch hinzufügen: Ich komme ebenso überlährten Hergens wieder, wie ich gegangen. Doch das hätte wohl nicht ganz der Wahrheit entsprochen. ... Ob er Anielas von der Episode mit Lona Mitteilung machte? Aber wozu? Sein Selbstgefühl litt, post er an die Geschichte dachte. Nein, sie sollte vergessen sein.

Anielas gewahrte sein Zögern und Stocken. „Er möchte mir irgendwelche Gedanken und Anschauungen anvertrauen und wagt es doch nicht,“ überlegte sie, ich will auch nicht weiter in ihn dringen. Wenn wir erst wieder warm geworden sind miteinander, vertraut er mir alles an.“

Anielas Augen glänzten, ihr Gesicht glühte. Sie machte den Eindruck einer seligen Braut. Und war sie es nicht? Alles, was sie in bezug auf Heinrich vermutet, befürchtete, mußte in das Reich der Phantasie verwiesen werden. Er war ihr keineswegs verloren. Sein Schweigen und seine Zurückhaltung ihr gegenüber hatte eine sehr harmlose Erklärung gefunden. Er hatte es für selbstverständlich gehalten, daß sie sich inzwischen verheiratet.

Wie glücklich war Anielas nun, dem Drängen ihrer Mutter, den Ratschlägen besorgter Freundinnen nicht nachgegeben, sich nicht an einen ungeliebten Mann gebunden zu haben!

Das Tor zum Glück stand weit offen für sie, und in so blendendes Licht schauten ihre Augen, daß sie dieselben schließen mußte, wie Schwindel sagte es sie an.

Ehe man sich trennte, daß Heinrich sie noch um ein Lieb. Ohne sich zu zieren, setzte Anielas sich an das alte Klavier, das aber einen so weichen, melodischen Ton hatte, und sang mit ihrer wunderbaren Altstimme aus dem „Tannhäuser“:

„Dich, teure Halle, grüß ich wieder, Froh grüß ich dich, geliebter Raum! In dir erwachen meine Lieder Und wecken mich aus düstem Traum. Da er aus dir geschieden, wie ich ersiehst du mir! Aus mir entfloh der Fröhen, die Freude zag aus dir. Wie jeht mein Busen hoch sich hebet, So scheinst du jeht mir stolz und hehr. Der dich und mich so neu belebet, Nicht länger weilt er ferne mehr. Sei mir gegrüßt! Sei mir gegrüßt!“

Was sie an Sehnsucht durchlitten und heute an jauchzender Freude empfand, das offenbarte Anielas in den herrlichen Tönen dieser Arie.

Und wie Tannhäuser hingekissen Elisabeth zu Füßen sinkt, so beugte auch Heinrich sein Knie und küßte Anielas Hand. „Daß ich wieder in deine lieben Augen sehen, deine Stimme hören darf, Anielas, macht mich wahrhaft glücklich.“ Sie verharrete reglos, ihre schönen Augen ruhten mit unsagbarem Ausdruck auf dem dunklen Kopf des Geliebten. In scheuer Zärtlichkeit strich ihre Hand über sein dichtes Haar.

Demüht, auf Deutschland in der Friedensfrage einen Druck auszuüben. Aber unser Verbündeter setzte dem immer Widerstand entgegen. Der letzte Entschluß des Kaisers, den Alliierten einen Sonderfrieden anzubieten erfolgte erst, nachdem der deutsche Kaiser vorher von diesem Schritte verständigt war. 48 Stunden bevor wir unser Angebot machten, hatte Kaiser Carl an Kaiser Wilhelm folgendes telegraphiert: Ich fühle mich durch die gegenwärtig außerordentlich schwierigen Umstände gezwungen, einen Sonderfrieden zu schließen. Kaiser Wilhelm antwortete ihm mit einem Telegramm, in dem er ihn bat, diesen verachtungsvollen Schritt aufzuschieben. Die Entscheidung war aber unwiderrücklich.

Deutschlands wirtschaftliche Notlage.

Die am 7. Dezember versammelten Berliner Mitglieder des Bundes der Industriellen treten für frühestmögliche Einberufung der Nationalversammlung ein. Von der Regierung fordern sie, daß sie registriert. Nur durch entschlossene Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit kann das deutsche Wirtschaftsleben noch in letzter Stunde vor dem drohenden Zusammenbruch bewahrt werden.

Von den Führern der Arbeiterschaft, vor allem von den Vertrauensmännern der Gewerkschaften, wird erwartet, daß sie sich trotz der schweren der Zeit als wirkliche Führer zeigen, daß sie sich nicht belächeln lassen von bisher unorganisierten Fanatikern und jugendlichen Schreibern, die durch unfinnige Forderungen durch Willkür und Anarchie jede Produktion unmöglich machen.

Beramt durch den Krieg kann Deutschland sich nicht jetzt die Durchführung sozialpolitischer Forderungen leisten, für die ihm selbst in der reichen Zeit vor dem Kriege die Mittel gefehlt hätten. Ungeheure Arbeit erwartet uns! Unentbehrlich für den Wiederaufbau ist die leitende, verantwortliche Tätigkeit des deutschen Unternehmers, sein Wagemut, seine Entschlußkraft. Diese müssen sichergestellt werden gegen die Experimente der Sozialisierung. Arbeiter und Industrielle haben das gleiche Interesse an dem raschen Wiederaufbau der Volkswirtschaft, an der Sicherung und Wiedererstarbung der deutschen Industrie.

Aus den Versuchen, die Einheit des Reiches zu lockern, droht dem deutschen Wirtschaftsleben eine weitere Gefahr. Alle Gebiete des Deutschen Reiches sind aufeinander angewiesen. Wenn wir zurückfallen in die Zeit der Zersplitterung, wie sie von den Tagen des Zollvereins der einst mühsam beieinander wurde, wird wirtschaftliche Ohnmacht dauernd unser Los.

An alle deutschen Industriellen richten wir die Aufforderung zur regen und opferwilligen Beteiligung am politischen Leben, besonders zur Mitarbeit bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Jeder Industrielle, der, wie bisher dem politischen Leben fern bleibt, ist mit Schuld daran, wenn der deutschen Industrie der gebührende und notwendige politische Einfluß fehlt!

Völliger Stillstand der sächsischen Industrie innerhalb 14 Tagen.

Dresden, 24. Dez. Vor einer schmerzlichen Katastrophe steht im gegenwärtigen Augenblicke die gesamte sächsische Industrie. In der letzten Sitzung des Demobilisierungsausschusses der Kohlenwerke zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gab, Stadt Dresden erfolgte die Mitteilung, daß die Lage auf dem Bergbau der wichtigsten deutschen Kohlenreviere sei gegenüber der noch in der Vergangenheit erzielten Leistungen zurückgegangen von täglich (Wagen zu je 10 Tonnen): Westfalen 20 000—24 000 auf 12 000—14 000, Oberschlesien 10—12 000 auf 5—6 000, Niederschlesien 1200—1300 auf 800, Sachsen 1300—1400 auf 8—900, Mitteldeutschland mit Niederlausitz 7000—7500 auf 4500—5000, Sachsen und Sachsen-Meiningen 1300—1500 auf 1000—1100. Dazu kommt, daß der Bergbau aus dem Nachener, dem Saargebiet und dem rheinischen Braunkohlenrevier, der zusammen täglich 4900—6000 Wagen betrug, infolge der Befragung durch den Feind ausfällt und, was für Sachsen besonders wichtig ist, daß die Einfuhr aus Böhmen, die im Jahre 1917 noch 2 Millionen Tonnen betrug, trotz dem veröffentlichten Abkommen mit dem tschechischen Staate vollständig stockt. Für die sächsische Kohlenwirtschaft sind im November 1918 gegenüber der normalen Monatsleistung während des Krieges ausgefallen; 10 200 Wagen sächsische Steinkohle, 7000 Wagen sächsische und altenburgische Braunkohle und Brätketts und 17 000 Wagen böhmische Braunkohle. Dafür sind aus Ersatz aus Ober- und Niederschlesien nur rund 4000 Wagen geliefert worden, so daß rund 30 000 Wagen zu 10 Tonnen fehlen. Für den Monat Dezember muß mit noch größeren Ausfällen gerechnet werden. Die durch die Einstellung der Rüstungsbetriebe freierwerdenden Kohlenmengen reichen bei dem außerordentlichen Rückgang der Kohlenförderung nicht entfernt zu einer Verbesserung der schlechten Lage aus, und es ist mit einem völligen Stillstand der Industrie innerhalb 14 Tagen zu rechnen, wenn es nicht gelingt, die Leistungen der Belegschaften der Kohlenwerke oder ihre Zahl erheblich zu steigern. Im Hinblick darauf würde bedauert, daß in Berlin und Dresden zurzeit zahlreiche Arbeitslose vorhanden sind, während es bei den Werken, besonders in der Niederlausitz, an Kräften fehlt. Weiter wurde mitgeteilt, daß infolge der Einführung des Achtstundentages und der Lohnforderungen eine wesentliche Erhöhung der Kohlenpreise — man sprach von 120 Mark für den Doppelwagen Brätketts — bevorstehe und gab der Besorgnis Ausdruck, daß ein Zusammenbruch unvermeidlich sei, wenn es in dieser Weise weitergehe.

Auseinandung von Militärslagern.

Frankfurt, 26. Aug. Gruppen von Soldaten sind in die von der Militärverwaltung gemieteten Lagerhäuser der Fehlbildung von Goldschmidt eingedrungen und plünderten die dort aufgeschapeten vielen Tausende von Mänteln, Stiefeln, Hosen usw. Viel Volk sammelte sich unten an und nahm die aus den Fenstern geworfenen Vorräte in Empfang. Die Wachmannschaften des Magazins waren gegen die Menge machtlos, verhielten sich von vornherein sehr passiv und erklärten, sie dürften von der Waffe keinen Gebrauch machen.

WAB. Opatz, 29. Dez. Der Streik in Oberschlesien hat weiter um sich gegriffen. Wie wir von zuständiger Seite erfahren waren von insgesamt 63 Steinkohlengruben an 28. bereits 12 ausständig. Daß der Ausstand nicht organisiert ist beweist der Umstand, daß über die Forderungen unter den Arbeitern vollständig Unklarheit herrscht.

WAB. Berlin, 29. Dez. Wie dem B.L. aus Essen-Kuhr berichtet wird wurde in den gestern in allen in Frage kommenden Orten abgehaltenen Versammlungen der streikenden Arbeiter beschloffen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Kohlen- und Roksversorgung der rheinischen Industrie.

Berlin, 17. Dez. Der Leiter des Reichswirtschaftsamtes, Staatssekretär Dr. August Müller hatte sich vor einigen Tagen zu mehreren Verhandlungen über die Kohlen- und Roksversorgung an die beiden Rheinflüssen liegenden Industrie nach Luxemburg begeben und ist am Donnerstag nach Berlin zurückgekehrt. Die Nachrichten, die er mitbringt, lassen einen gewissen Optimismus berechtigt erscheinen. Wie er mitteilt, war bei den Verhandlungen in Luxemburg auf Seiten der Entente volles Verständnis für die Notwendigkeit vorhanden, der deutschen Industrie am Rheine über alle politischen und militärischen Gegenstände hinweg die Möglichkeit zur Weiterarbeit zu verschaffen und die Franzosen insbesondere haben sich zu praktischen Zugeständnissen bereit gefunden, wenn auch nicht in der Form direkter Verträge. Sie haben sogar und ohne Betonung eines krasen Rechtsstandpunktes der Versorgung der Industrie an den Rheinflüssen mit Roks und Kohlen zugestimmt, sobald schon in den nächsten Tagen die ersten Transporte anrollen können. Es soll ein gegenseitiger Austausch in die Wege geleitet werden, sodas die Hoffnung besteht, daß in aller nächster Zeit die Industrie an den beiden Rheinflüssen wieder langsam in Gang kommt.

Erhöhung der Renten für die Kriegsbeschädigten.

Berlin, 24. Dez. Das Vaterland hat durch den Mund seiner Beauftragten immer wieder den Opfern des Krieges erklärt, daß es seine verstümmelten und kriegsbeschädigten Söhne nicht vergessen werde. Heute am Weihnachtstag macht nun die Reichsregierung dieses Versprechen wahr und legt denen, die auf Versorgung durch die Allgemeinheit ein Recht haben, und die den vierjährigen Kampf mit ihren Gliedern und ihrer Gesundheit bezahlt haben, ein Weihnachtsgeldchen auf den Tisch. Deutschland ist arm, aber in seiner Armut denkt es an die Opfer des Krieges und will ein wenig Freude und Zufriedenheit in jedes Haus eines Kriegsbeschädigten bringen. Eine neue Verordnung verdoppelt für Januar die laufenden Versorgungsgebühren und Unterhaltungen bei den Rentenzuschlägen. Es tritt eine Erhöhung von 50 bis 100 Prozent je nach dem Grad der Erwerbsunfähigkeit ein. Auch die Verteilungszulagen, auf welche ehemalige Soldaten keinen gesetzlichen Anspruch haben, werden wesentlich, so bei schwerem Siechtum und Geisteskrankheit um das Dreifache erhöht. Es muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Auszahlungen in dieser erhöhten Weise aus technischen Gründen bei der großen Zahl der Versorgungsberechtigten leider nicht vor Ablauf einiger Monate werden bewirkt werden können.

Revolutionsgewinnler.

Die Kriegsgewinnler sollen, wie Schiffer sagt in Kürze verhaftet herangezogen werden. Die Zustimmung aller rechtlich Denkenden ist diesem Vorgehen gewiß. Freilich wird man sich denken müssen, denn es könnte sonst geschehen, daß ein Teil unter ihnen in wenigen Wochen zu armen Leuten geworden ist und daß an ihre Stelle die Revolutionsgewinnler getreten sind, über deren Heranziehung zu verschärfen Abgaben noch nichts bekannt ist.

Man fordert lustig drauf los und scheint sich so allmählich auf den „ortsüblichen Tagelohn“ von etwa 20 Mark einigen zu wollen. Da man weiß, daß dieser aus der Versicherungsbeiträge bekannte Begriff des „ortsüblichen Tagelohns“ praktisch zum Mindestlohn wurde kann man sich die Löhne der Spezialarbeiter danach berechnen. Wir schwelgen keineswegs in Phantasiezahlen. Als Lohnforderungen bewegen sich augenblicklich so zwischen 20 und 35 Mark pro Tag. Was bedeuten aber solche Forderungen? Nichts weiter, als die vorzeitige Entziehung des Kapitals. Und zwar eine planlose, verwegene Entziehung zugunsten derer, die augenblicklich die Herrschaft haben. So werden aus einigen tausend oder zehntausend Kriegsgewinnlern nach und nach einige Millionen Revolutionsgewinnler, die aber kaum verstehen dürfen, das erungene Gut zusammenzuhalten. Es geht unter im Saus und Braus dieser Tage. Und für den Steuerfiskus bleibt das Nachsehen. Wir wissen, daß die Sache noch nicht so weit ist, aber wir sehen die Gefahr und wir warnen! Tagtäglich sieht man von wilden Streiks und von an Erpreßung grenzenden Forderungen, eben bei Wertheim, jetzt wieder im Ruhrrevier. Vor einigen Tagen noch mußte Barth den Arbeitern der Siemensstadt in Berlin Vermunft predigen und es kam dabei die zwar uns nicht mehr überraschende, aber trotz allem ergrübelt bleibende Lohnziffer für Sprache, die gewisse Arbeiter dort verdienen: 1000 Mark monatlich, 12 000 im Jahre.

Das sind natürlich keine Revolutionsgewinnler. Diese Löhne stammen von geldern und — es muß einmal gesagt werden — die sie bezogen, sind Kriegsgewinnler gleich allen Anderen: denn sie haben das Vier- und Fünffache ihrer Friedensbezüge empfangen, ohne durch ihre Lebenshaltung zu einer derartigen Mehreinnahme gezwungen gewesen zu sein. Würden die Maßstäbe, solcher Arbeiterkriegsgewinnler und ihrer Verdienste an alle im Reiche angelegt werden — Arbeiter, Privatangestellte, Beamte im öffentlichen Dienste: Reich, Staat und Arbeitgeber wären längst alle bankrott!

Darum müssen wir einmal an den Abbau der Löhne denken. Wir haben nun genug Revolutionsgewinnler. Auch der sozialdem. Abgeordnete Brandes betonte die Notwendigkeit dieses Abbaues in öffentlicher A- und S.-Sitzung. Doppelt erfreulich diese Einsicht, da sie von „unabhängiger“ Seite kommt. Aber wann beginnt dieser Abbau? „Wenn ein gewisses Mindestmaß von Entlohnung erzielt ist.“ so meint Brandes. Denkt er es sich etwa bei 6000 Mark Jahreseinkommen der Eisenbahnarbeiter? Dann wird künftig ein Brot 3 oder 4 Mark kosten, ein Pfund Fleisch im regulären Handel 10 Mk. Oder glaubt man, Bäcker, Fleischer, Tischler, Barbier usw. würden zurückgehen, wo andere 20 Mark am Tage verdienen?

Wir behaupten nicht, daß die gegenwärtigen Machthaber in ihre Taschen arbeiten. Aber das ist ja für die Volkswirtschaft gleich. So oder so — das Geld steigt zum Schornstein heraus. Höchste Zeit, daß den Revolutionsgewinnlern, gleichviel welcher Art, auf die Finger geklopft werde.

Zeppeline für den Ueberseeverkehr.

Berlin, 23. Dez. Wie aus Friedrichshafen berichtet wird, befasen die dortigen Zeppelinwerke sich bereits eifrig mit Ueberseearbeiten. Die Luftschiffabrik in Friedrichshafen baut Luftschiffe für den Ueberseeverkehr. Diese neuen Zeppelinschiffe erhalten neun Motoren und acht Schrauben und können etwa hundert Fahrgäste aufnehmen. Wenn die internationale Lage im Laufe einiger Monate sich klärt, soll der erste Flug im Juli stattfinden. Angeblich soll im vorigen Jahr ein Zeppelin nach Ostafrika entandt worden sein, um den deutschen Truppen 25 Tonnen und Medikamente zu bringen. Als das Luftschiff bereits in Äthiopien war, erhielt es indes von Nauen aus draytlos Befehl zurückzukehren, da in Berlin die Nachricht eingelaufen war, daß sich die deutschen Truppen in Ostafrika ergeben hätten. Die Reise von und nach Äthiopien hätte nur vier Tage in Anspruch genommen.

Die Kandidatenliste des Zentrums

- weist folgende Namen auf: 1. Dr. Jehmter, Oberlandesgerichtspräsident in Karlsruhe. 2. Eberhardt Richard, Metallarbeiter in Mannheim-Sandhofen. 3. Biernitzel Joh. Gust., Bürgerm. in Lauda. 4. Rigel Maria, Hauptlehrerin in Mannheim. 5. Schell Joh. Alois, Pfarrer in Gerichtstetten. 6. Helfferich Christian, Prokurist in Mannheim. 7. Hartmann Gust., Gewerkschaftssekretär in Heidelberg. 8. Spengler Aug., Bürgerm. in Rülshelm. 9. Schneider Gust., Kanzleir. in Heidelberg. 10. Reinhard Bernh., Schlossermeister in Mosbach. 11. Mettenberger Jos., Lokomotivf. in Lauda. 12. Kuhn Karl Seb., Landwirt in Waldbrunn. 13. Speckert Wend., Rechtsanwalt in Wiesloch.

- 14. Albecker Anton, Professor in Mannheim. 15. Dr. Hauger, Alois, Bezirkskierarzt in Tauberbischofsheim. 16. Steinle Mich. H., Bahnarb. in Hockenheim. 17. Giesler Josefina, Ehefrau in Mosbach. 18. Brünner Jos., Bezirksamtmann in Uelsheim. 19. Stephan Wilhelm, Handlungsgeh. in Mannheim. 20. Baumann Jonas, Bildhauermeister in Ladenburg. 21. Engler Jos. Jakob, Bausekretär in Weinheim. 22. Stäthel Philipp, Landwirt in Eßeng. 23. Fackel Katharina, Ehefrau in Schwellingen. 24. Fischer Fr. Michael, Dr. med. in Sinsheim. 25. Emmig Heinrich, Bäckerm. in Eberbach. 26. Beck Josef, Steinmetz in Freudenberg a. N. 27. Link Otto, Kaufmann in Mudau. 28. Berg, Marie, Kangleibeamtin in Mannheim. 29. Schenk Florian, Arbeiterlehr. in Mannheim. 30. Ruck Joh. Georg, Gipsform. in Heidelberg. 31. Trabold Ludwig, Landwirt in Stein a. N. 32. Drebold Jos., Landwirt und Bürgermeister in Malß a. Wiesloch. 33. Schmitt Stegfr., Ldw. in Berolzh. A. Borberg. 34. Schwarz Wilh., Volksvereinssek. i. Mosbach.

Die Liste der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Wahlvorschlagsliste der Deutschnationalen Volkspartei (Christl. Volkspartei in Baden), des Badischen Bauernbundes, des Freideutschen Bürgerbundes und der Evang.-sozialen Partei in unserem Wahlkreis enthält folgende Namen: 1. Hertle, G. Landw. und Bürgerm., Sachsenfür. — 2. Karl W., Pfarrer in Tauberbischofsheim. — 3. Mager E., Kaufm. in Heidelberg. — 4. Moses W., Stadtmissonar in Mannheim. — 5. Schmitt G., Tapeziermeister in Heidelberg. — 6. Rupp J., Landm. und Bürgerm. in Reichen. — 7. Ruge A., Dr. Privatdozent in Heidelberg. — 8. Naumer H., Landwirt in Handshühheim. — 9. Frau Bender Julie, Privatn in Mannheim. — 10. Kalfschmitt VIII. Gg., Landwirt in Kirchheim. — 11. Helmstädter Phil., Oberjustizsekretär in Heidelberg. — 12. Meinhardt Phil., Schlosser in Mannheim. — 13. Hübschmann, Ldw. Oberjustizsekretär in Mosbach. — 14. Matter W. Landw. in Unterjesch. — 15. Stier D., Ingenieur in Heidelberg. — 16. Rehrberger A., Handlungsgehilfe in Mannheim. — 17. Eberhardt Phil., Obergewerbel. in Mosbach. — 18. Zahn Jul. Jak., Landw. in Altkühheim. — 19. Kösch Frdr. Dr., Prof. in Heidelberg. — 20. Schilpp P., Fabrikarbeiter in Neckarau. — 21. Hollenbach Ed., Rektor in Gerlachsheim. — 22. Schmidt Wilh., Kaufmann und Gemeinderat in Heddesheim. — 23. Heise P., Handlungsgehilfe in Heidelberg. — 24. Weber Joh., Kaufmann in Neckarbischofsheim. — 25. Stadelhaus Herm., Kaufmann in Mannheim. — 26. Baumann Ad., Landw. in Wenkheim. — 27. Eckert Jakob, Postsekretär in Schwellingen. — 28. Frau Urbig A., Hausfrau in Mannheim. — 29. Hermann Paul, Dr., Chemiker in Mannheim. — 30. Lämmel Jak. Landw. und Bürgerm. in Gauangeloch. — 31. Mayer P., Obersteuerkontrolleur in Wertheim. — 32. Mansforth Jakob, Kaufmann in Mannheim. — 33. Hohl Mich., Schlossermeister in Heidelberg. — 34. Hettler Konr., Landw. in Uelsheim.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie im 4. Wahlkreis.

- Nach Mitteilung der Volksstimme lautet die Kandidatenliste der sozialdemokratischen Partei im 4. Wahlkreis folgendermaßen: 1. Geiß, Anton, Gastwirt und Stadtrat, Mannheim; 2. Roth, Johann, Schlosser, Neckarau; 3. Stöck, Christl., Arbeitersekretär, Heidelberg; 4. Kahn, Jakob, Expedient und Gemeinderat, Schwellingen; 5. Strobel, Gg., Parteisekretär und Stadtrat, Mannheim; 6. Bechtold, Landwirt, Edingungen; 7. Kaufsch, Karl, Stadtrat, Heidelberg; 8. Blase, Therese, Frau, Mannheim; 9. Spieß, Karl, Oberlehrer, Mannheim; 10. Post, Martin, Braumeister, Eberbach; 11. Hahn, Karl, Parteisekretär und Stadtverordneter, Mannheim; 12. Kemmele, Adam, Redakteur und Stadtrat, Mannheim; 13. Hauer, B., Gewerkschaftsbeamter und Stadtverordneter, Heidelberg; 14. Arnold, Mag., Steinarbeiter und Stadtverordneter, Mannheim; 15. Wehner, Karl, Schlosser, Mannheim; 16. Fichtner, Karl, Gemeinderat, Weinheim; 17. Levi, Josef, Kaufmann und Stadtverordneter, Mannheim; 18. Gebweiler, Bernh., Geschäftsf. und Gem.-Rat, Altkühheim; 19. Schubach, Adam, Krankenkassenbeamter, Heidelberg; 20. Rehl, Lina, Frau, Mannheim; 21. Dörner, Magnus, Lagerverwalter und Stadtverordneter, Mannheim; 22. Engelhard, Krankenkassenbeamter, Heidelberg; 23. Reiffenberg, Tillman, Former, Rheinau; 24. Braun, Krankenkassenbeamter, Wiesloch; 25. Pfeifle, Georg, Expedient, Mannheim; 26. Krug, Karl, Gewerkschaftsbeamter, Mannheim; 27. Konrad, Landwirt, Sattelbach; 28. Kögler, A., Steinmetz, Grünsfeld; 29. Hambeck, Marie, Frau, Heidelberg; 30. Landwehr, Peter, Schuhmachermeister, Schriesheim; 31. Englert, Alois, Schneidermeister, Waldbrunn; 32. Schäfer, Johann, Schuhmachermeister, Waldbrunn; 33. Brimmer, Gastwirt, Wertheim; 34. Maier, Emil, Stadtrat, Heidelberg.

Auf der Liste der „Unabhängigen“

- d. h. der radikalen Sozialisten, stehen an den ersten Stellen: 1. Beck Ad., Buchdruckereibesitzer in Offenburg. 2. Schwarz, Minister für soziale Fürsorge. 3. Kemmele Hermann in Mannheim. 4. Brümmer, Minister für mil. Angelegenheiten.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 29. Dez. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer veranstaltete gestern Abend in dem dicht besetzten Löwenlaale eine Weihnachtsfeier. Nach einem schneidigen Marsch einiger aus dem Feld wieder zurückgekehrter Musiker sprach Hrl. Frieda Kaufmann einen sinnigen Prolog. Herr Friz Fischer hieß die Gäste herzlich willkommen und erteilte Herrn Engelhard von Heidelberg das Wort, welcher in kurzen Ausführungen die Entstehung und Forderungen des Reichsbundes klar legte, auf welche er in einer späteren Versammlung näher eingehen wird. Mit einem warmen Appell an die Kameraden, geschlossen in unsere Reihen einzutreten, schloß er seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach einem Gruß der Frauen von Hrl. Josef Fischer vorgetragen, kam das Theaterstück „Friede auf Erden“ zur Ausführung, auf das die Spieler und die Leitung gleich stolz sein können, was der große Beifall reichlich erwies. Die Vase waren bald verlaugt und nach Verteilung der Gewinne konnte dann der Tanz beginnen auf den der große Teil mit Sehnsucht wieder einmal wartete. Die Versteigerung des Baumes und verschiedener Gegenstände sorgten reichlich für Abwechslung.

Sinsheim, 29. Dez. (Altersrente.) Die Empfänger einer Altersrente erhalten ab 1. Januar eine Rentenzulage von 8 Mk. monatlich. Die Zulage wird gegen besondere Quittung gezahlt und ist gleichzeitig mit der Monatsrente am Postschalter abzugeben.

Sinsheim, 30. Dez. (Das Schießen in der Neujahrsnacht.) Es sei hiermit auf an dieser Stelle auf die amtliche Bekanntmachung hingewiesen, zufolge welcher die Abgabe von Feuerwerkskörpern jeder Art, insbesondere Kanonenschlägen, Fröschen

und Schwärmern und das Abbrennen solcher, ferner das Schießen mit Gewehren, Pistolen, Revolvern und dergl. auch für den kommenden Neujahrstag mit schweren Strafen bedroht ist.

bc. Mannheim, 27. Dez. (Aus Unvorsichtigkeit erschossen.) Ein 18jähriger Bursche wollte am 1. Weihnachtstagsfeierabend einen Revolver entladen.

bc. Mannheim, 29. Dez. Eine Diebin hat auf der Nebenbahn von Heidelberg nach Weinheim einen von der Offfront heimkehrenden Soldaten betäubt und ihm dann aus der Brieftasche den Betrag von 1000 Mk. gestohlen.

bc. Karlsruhe, 29. Dez. (Begrüßung der heimkehrenden Krieger in den evangelischen Kirchen.) Der Ebnataler Oberkirchenrat hat den Geistlichen der evangelischen Landeskirche eine Ansprache zugehen lassen zur Begrüßung der heimkehrenden Krieger.

bc. Karlsruhe, 27. Dez. (Heeresangehörige in der neutralen Zone.) Wie in der Karlsruher Zeitung mitgeteilt wird, können entlassene Heeresangehörige auf dem Wege nach ihrem Bestimmungsort die neutrale Zone in Uniform betreten.

bc. Karlsruhe, 25. Dez. (Mückersack.) Beim Verlassen Bolens haben viele Militärfahrer, darunter auch badische, ihr Privateigentum ganz oder teilweise verloren.

bc. Karlsruhe, 26. Dez. (Hochwasser.) Infolge der Regenfälle der letzten Tage sind die Flüsse und Bäche unseres Landes stark gestiegen.

bc. Freiburg, 27. Dez. (Brückeneinsturz.) Infolge des Hochwassers des Rheins ist die Schiffbrücke bei Neuenburg entzwei, sie wurde gegen die Brücke von Neubrück getrieben.

bc. Rastatt, 26. Dez. (Verhaftete Diebe.) Die Kriminalpolizei in Heidelberg und in Mannheim hat drei ehemalige Soldaten festgenommen, die in der letzten Zeit hier Gänse Hasen und Hühner in großer Zahl gestohlen haben.

ne, Rinder und Kühe entwendeten und entweder schlachteten oder lebend veräußerten.

Der Heimkehr der Helgoländer. In acht großen Expeditionen tragen in diesen Tagen die Dampfer „Prinzessin Heinrich“ und „Aldler“ der Hamburg-Amerika-Linie die etwa 2000 Köpfe starke Einwohnerchaft der Insel Helgoland wieder zu ihrer grün-weiß-roten Nordseeinsel hinüber.

Einf und — jetzt! Einige Daten seien unsern Lesern zum stillen Vergleichen in Erinnerung gebracht: 28. Januar 1871: Abschluß des Waffenstillstandes.

Die Bezugserneuerung

für das I. Quartal eilt!

Unsere Postabonnenten wollen damit nicht bis in die letzten Tage des Monats warten, sondern im Hinblick auf die bestehenden Verkehrsschwierigkeiten und den Personenmangel in Interesse einer ununterbrochenen Zustellung bei unsern Austrägern oder dem Postamt

den Landboten sofort bestellen!

Zum Einzug in das Jahr 1919.

Dunkel ist unsere Zukunft, dunkel und schicksalsschwer. Wer weiß auch nur auf eine kurze Spanne Zeit die Geschehnisse vorauszusagen? Aber noch vor keiner Jahreswende stand das deutsche Volk mit so bitterem Empfinden, so angstvollem Aufschauen zu dem höchsten Gott, wie diesmal.

oben wollte uns nicht als solche erkennen, die wir vier Jahre lang in einem Wahn befangen waren.

Und nun stehen wir, eine junge Republik, an der Wende des Jahres, das uns die größte Errungenschaft, aber auch den größten Schmerz gebracht hat.

Unser eigenes Schicksal tritt zurück gegen das Schicksal des Vaterlandes, denn nur in einem geordneten Staatswesen können wir unser Auskommen finden.

Wir treten mit dem neuen Jahre in den größten Wahlkampf, den je ein Volk hat durchkämpfen müssen, handelt es sich doch um die künftige Gestaltung unseres Vaterlandes.

Wir brauchen Frieden, Arbeit und Brot, eines so notwendig wie das andere, aber wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß der Existenzkampf ungeahnte Formen annimmt.

Das deutsche Volk hatte von jeher den Ruf, das tüchtigste Volk zu sein — wohlan — seien wir es jetzt erst recht. Noch nie haben die Augen der ganzen Welt so auf uns geschaut wie heute.

Wir brauchen Frieden, Arbeit und Brot, eines so notwendig wie das andere, aber wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß der Existenzkampf ungeahnte Formen annimmt.

Die auf Neujahrstag fällige Nummer des „Landboten“ fällt mit Rücksicht auf den gesetzlichen Feiertag aus.

Den Eintritt ins Neue Jahr begleiten wir mit den besten Wünschen für unsere werten Leser und Geschäftsfreunde.

Bekanntmachung.

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung betr.

Die Liste der Wahlberechtigten der Gemeinde Sinsheim zu den Wahlen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ist 8 Tage lang von

Montag, den 30. Dezember 1918 bis einschließlich Montag, den 6. Januar 1919 in der Kanzlei des Rathauses zu Jedermanns Einsicht aufgelegt und zwar an den Werttagen jeweils vormittags 8-12 Uhr und nachmittags 2-6 Uhr.

Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb der Anlaufzeit bei dem Gemeindevorstand oder dem Gemeinderat schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben und muß die Beweismittel, falls dieselben nicht auf Offenkundigkeit beruhen, beibringen.

Sinsheim, den 28. Dezember 1918.

Gemeinderat, Laubis

Göy.

Meister, Handwerker, Post-, Bahn-, Gerichtsbeamte, Lehrer, Landwirte, Kaufleute und freie Berufe.

Bürger und Bürgerinnen

Friede, Glück und Heimat, Brot und Arbeit, gleiches Recht, Ordnung und Sicherheit sind unsere Ziele! Werbet von Haus zu Haus für den

Frei-deutschen Bürgerbund.

Eure Stimmen müssen siegen! Von Vater, Mutter, Sohn und Töchtern am 5. Januar 1919.

Wegen Abschlußarbeiten bleibt unsere Kasse am 2. 3. und 4. Januar geschlossen.

Vorschuß-Verein Sinsheim.

Der 5. Ost. Drag. Regt. 22 wurde aus der Gaststallung zum Löwen

1 Offiziersattel und 1 Zeugzeug gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt. Wiederbringer erhält Belohnung.

Unterricht

in Gabelsberger Stenografie wird vom 1. Januar 1919 ab wieder erteilt (Anfängerkurs). Meldungen beim Vorstand Justizrat a. D. Schwenn Sinsheim. Gabelsberger Stenografenverein.

Praktische Weihnachts-Geschenke



Barometer Thermometer Reichste Auswahl Beste Qualitäten Billige Preise E. Schick Sinsheim und Waibstadt.

Husten, Atemnot, Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.

Heinrich Zeide, Wasserleben, Prod. Sachsen.

Tabak.

Die beste Vorschrift zum Anbau, zur Behandlung und Selbstherstellung des echten Rauchtabaks für 1 Mk. durch H. C. Bartal, Weihen (Obbay.), Postfachkonto München Nr. 11837.

Möbliertes Zimmer

mit zwei Betten für 2 Herrn auf 1. Januar zu mieten gesucht Angebote unter Nr. 1372 an den Landboten erbeten.

Reines Malzextract.

Nähr- und Kräftigungsmittel in Dosen zu Mk. 2.20 empfiehlt die Apotheke in Sinsheim.

junger Bursche

für Haus- und Gartenarbeit auf baldigst gesucht. Zeugnisse und Bedingungen einreichen an Graf v. Helmstatt Redarbischofsheim.

Rüchenschürzen

(Cellulose) hübsche dunkle Muster; gepunkt und gestreift gewöhnlich weit a. Std. 6.75, extra weit a. " 9.80 mit Träger a. " 10.80 versendet per Nachnahme, so lange Vorrat reicht.

Versandgesch. W. Plath, Itzehoe i. H. (Sehr passendes Weihnachtsgeschenk.)

Bettmöbel

Alter und Geschlecht angeben. Unst. umsonst. Versandhaus Wohlfahrt, München 704 Isabellastr. 12.

Sozialdemokratische Partei Sinsheim.

Am Mittwoch, den 1. Januar veranstalten wir im Löwen- saal eine

Neujahrfeier.

Mittags von 3 bis 6 Uhr Konzert und Gabenverlosung; abends von 8 Uhr ab Theatervorführung, Gabenverlosung und Tanz. Wir beehren uns hierzu jedermann freundlichst einzuladen. Eintritt 30 Pf.

Der Vorstand.

Wählt Frei-Deutschen Bürgerbund.

Anmeldung und Auskunft durch die Geschäftsstelle Heidelberg, Bld. 81, Fernruf 2769.

Wandkalender

in hübscher Ausführung sind zu haben bei der G. Becker'schen Buchdruckerei, Sinsheim.

Während des ganzen Krieges

wurde

Dr. Gentners Lederpuß

Nigrin

als reine Desinfektionsware geliefert und wird auch fernerhin so hergestellt.

Prompte Lieferung.

Hersteller, auch des beliebten Parfettbodenwachs „Aoberin“: Carl Gentner, Göppingen.

